

Dorn, Florian

Article

Verteidigungsausgaben für die Sicherheit Europas – wie viel ist genug?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Dorn, Florian (2024) : Verteidigungsausgaben für die Sicherheit Europas – wie viel ist genug?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 77, Iss. 09, pp. 43-50

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/306127>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Florian Dorn

Verteidigungsausgaben für die Sicherheit Europas – wie viel ist genug?*

Nach dem Ende des Kalten Kriegs konnten sich die meisten europäischen Staaten über drei Jahrzehnte hinweg über Frieden und Sicherheit ohne Bedrohung von außen erfreuen. Entsprechend haben sie auch ihre Verteidigungsausgaben über viele Jahre reduziert. Die Verteidigungskapazitäten haben sich verkleinert und weg von einer teuren stehenden Armee der Landesverteidigung entwickelt. Die Invasion Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 zwang die europäischen Länder jedoch zu einer Neubewertung der eigenen Sicherheitslage und Verteidigungskapazitäten. Obwohl Sicherheit zu den Kernaufgaben eines Staates gehört, erhöhen viele europäische Länder trotz veränderter Risikolage und anderer öffentlicher Ankündigungen weiter nur sehr zögerlich ihre Verteidigungsfähigkeiten, um Europas Sicherheit selbst zu garantieren und ihre Grenzen im Ernstfall verteidigen zu können (Dorn et al. 2023). Vielmehr scheinen die Europäer aufgrund der eigenen mangelnden Ausstattung weder willens noch in der Lage zu sein, der Ukraine ohne die Vereinigten Staaten ausreichende militärische Unterstützung zukommen zu lassen, um sich selbst verteidigen zu können. Wenn es um die Sicherheit Europas geht, verlassen sich die europäischen NATO-Staaten trotz der veränderten geopolitischen Situation nach wie vor auf die Sicherheitsgarantien ihres wichtigsten Verbündeten, den USA, wie die aktuelle Krise zeigt.

Eine derart zögerliche Reaktion und Prioritätensetzung der europäischen Regierungen zur Sicherung eigener Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten erscheint für manche naiv vor dem Hintergrund der anstehenden US-Präsidentschaftswahlen und der aktuellen Debatte über sich verändernde Beziehungen zu den USA (Fuest 2024). Die führende Supermacht könnte bei einem möglichen Wahlsieg von Donald Trump und einem Vizepräsidenten J. D. Vance noch protektionistischer und weniger unterstützend auftreten. Beide betonen, dass aus ihrer Sicht einige Europäer Trittbrettfahrer auf Kosten der US-Bürger sind und Europa (mehr) für seine eigene Sicherheit verantwortlich sein muss. Zwar scheint das Rennen um das Weiße Haus wieder offen zu sein, seitdem Präsident Joe Biden den Staffelnstab der demokratischen Präsidentschaftskandidatur an Kamala Harris übergeben hat. Aber auch unter einer Präsidentin Harris würde Europa sicher mehr gefordert sein. Denn die Vereinigten Staaten verlagern aufgrund der aufstrebenden Macht Chinas ihren Interessenschwerpunkt seit

* Der Artikel ist zuerst auf Englisch in der Zeitschrift *Intereconomics – Review of European Economic Policy* erschienen (Dorn 2024).

IN KÜRZE

Nach jahrzehntelanger Sicherheit ohne Bedrohung von außen und reduzierten Verteidigungsbudgets wurden die europäischen Länder durch die Invasion Russlands in die Ukraine 2022 zur Neubewertung ihrer geopolitischen Sicherheitslage gezwungen. Dennoch haben einige europäische NATO-Staaten ihre Abhängigkeit von den USA in Sicherheitsfragen nicht wesentlich verringert und erhöhen weiterhin nur zögerlich ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten. Der Artikel diskutiert, warum das Einhalten des NATO-Ziels von 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben möglicherweise nicht ausreicht, um ohne den Schutzschirm der USA für hinreichend Sicherheit und Abschreckung Europas zu sorgen – auch vor dem Hintergrund hoher kaufkraftbereinigter Verteidigungskosten in Europa und einer fragmentierten europäischen Rüstungsindustrie. Wenn Europa die eigene Verteidigungsfähigkeit erhöhen möchte, müssen die Länder mehr und langfristig in die Verteidigungs- und Innovationsfähigkeit investieren. Dazu ist ein glaubwürdiger Plan zur nachhaltigen Erhöhung der Verteidigungskapazitäten notwendig, ohne dabei die Haushaltsstabilität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Wie hoch die Ausgaben steigen müssten, hängt auch davon ab, wie gut und effektiv die vorhandenen Ressourcen genutzt werden. Dazu gilt es, effizientere und gemeinsam stärker integrierte militärische Strukturen in Europa aufzubauen.

Jahren auf den pazifischen Raum und erwarten daher – über Parteigrenzen hinweg –, dass Europa wieder mehr für seine eigene Sicherheit macht.

Die Vereinigten Staaten tragen mehr als $\frac{2}{3}$ zu den gesamten Verteidigungsausgaben innerhalb der NATO bei.¹ Ohne die Unterstützung der USA im Krisenfall wären die Verteidigungskapazitäten der Europäer sehr bald erschöpft. Dies liegt weniger an den personellen Ressourcen der europäischen Streitkräfte als vielmehr am Mangel an einsatzbereitem Gerät, Munition, technologischer Überlegenheit oder Logistik. Die Tatsache, dass die Sicherheit Europas möglicherweise vom Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen abhängt, zeigt, wie sehr die Europäer ihre eigenen Sicherheitsinteressen vernachlässigt haben, auch mehr als zwei Jahre

¹ Die europäischen Ausgaben über die EU sowie die Nicht-NATO-Mitglieder werden nicht berücksichtigt.

nach dem direkten Angriff Russlands auf die Ukraine und den aggressiven Drohungen der Atommacht gegen Europa. Die Europäer müssen sich dringend mit der Frage auseinandersetzen, wie es die Abhängigkeit von seinem transatlantischen Partner in Sicherheitsfragen verringern kann. Letztlich wird Europa nur dann vorankommen, wenn es mehr Autonomie und ein glaubwürdiges Programm für stärkere europäische Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten entwickelt. Aber was wäre nötig, um Europa in Sicherheitsfragen autarker zu machen, und wie viel sollte Europa für die Verteidigung ausgeben, um eine ausreichende Abschreckung und äußere Sicherheit zu gewährleisten? Klar ist, die Stärkung der eigenen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten hängt nicht allein von den Ausgaben ab. Klar ist aber auch, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben aufzeigt, wie viel Ressourcen für Sicherheit und Verteidigung zur Verfügung stehen und wie stark die Regierungen die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten gegenüber anderen Ausgaben im Staatsbudget priorisieren.

REICHT ES AUS, DIE NATO-AUSGABENZIELE ZU ERREICHEN?

Ein Maßstab in der Debatte über die Verteidigungsanstrengungen ist das sogenannte 2%-Ziel der NATO, demzufolge mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung ausgegeben werden sollten. Die NATO-Mitglieder einigten sich auf das 2%-Ziel², um einen angemessenen Beitrag zur Aufrechterhaltung der militärischen Bereitschaft des Bündnisses zu gewährleisten. Im Jahr 2024 werden die europäischen NATO-Mitglieder voraussichtlich zum ersten Mal das 2%-Ziel ihres gemeinsamen BIP überschreiten. Die größten Steigerungen der Verteidigungsausgaben (in % des BIP) waren an der Ostflanke der NATO nach der russischen Invasion in der Ukraine zu verzeichnen (Dorn et al. 2023; NATO 2024). Aber reichen die 2% am BIP aus, um mit diesen Ressourcen hinreichend Sicherheit zu gewährleisten und Verteidigungskapazitäten aufzubauen? Es gibt **mehrere Gründe** für die

² Die NATO hat sich erstmals 2006 auf das 2%-Ziel geeinigt, das 2014 formalisiert und 2023 offiziell verlängert wurde.

Annahme, dass das Erreichen von 2% des BIP für die Verteidigung dafür möglicherweise (vorerst) nicht ausreicht:

(1) Über 3% für Verteidigung während des Kalten Kriegs

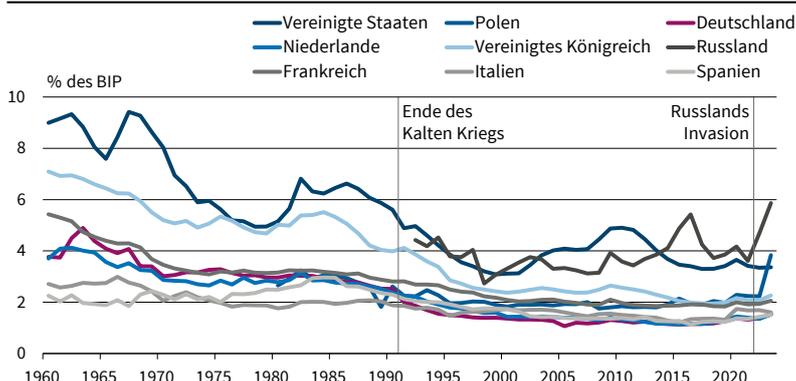
Die formale Festlegung des 2%-Ziels im Jahr 2014 erfolgte auch als Reaktion auf die illegale Annexion und militärische Besetzung der Krim durch Russland. Anders als vor zehn Jahren ist Europa nun aber seit zwei Jahren mit einer direkten Bedrohung seiner Sicherheit durch Russland und einem echten Krieg vor seiner Haustür in der Ukraine konfrontiert.³ Als Westeuropa in der Zeit des Kalten Kriegs das letzte Mal mit einer externen Bedrohung durch die UdSSR und den Ostblock konfrontiert war, waren die meisten NATO-Staaten daran gewöhnt, weit über 2% ihres BIP für die Verteidigung auszugeben (vgl. Abb. 1).⁴ Deutschland, Frankreich und die Niederlande beispielsweise gaben in den 1970/80er-Jahren etwa 3% ihres BIP aus, während es im Vereinigten Königreich sogar knapp 5% und in den USA 6% des BIP waren. In den 1960er-Jahren, die von hohen geopolitischen Risiken wie der Kubakrise und dem Bau der innerdeutschen Mauer geprägt war, lag der Anteil der Verteidigungsausgaben sogar noch höher. Allerdings konzentrierten sich die geopolitischen Interessen der USA in dieser Zeit des Kalten Kriegs eher auf den geopolitischen Konflikt mit der Sowjetunion und der Verteidigung des demokratischen Europas. Heute verlagern die Vereinigten Staaten ihre Interessen aufgrund der aufstrebenden Macht Chinas seit geraumer Zeit in den indo-pazifischen Raum. Daher müssten die europäischen Länder im Vergleich zu den Jahren des Kalten Kriegs mehr und nicht weniger tun, um rasch ausreichende Verteidigungskapazitäten in ihren eigenen Streitkräften aufzubauen und die Interessensverlagerung der Vereinigten Staaten auszugleichen.

Wie viel die Europäer für ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten ausgeben müssten, um eine ausreichende Abschreckung zu gewährleisten, hängt einerseits von der Effektivität des Einsatzes ihrer verfügbaren Ressourcen, vor allem aber vom Ausmaß der Bedrohung ab – einschließlich der militärischen Fähigkeiten eines potenziellen Aggressors. Russland hat seine Verteidigungsausgaben nach dem Kalten Krieg auf einem durchschnittlichen Niveau von etwa 3,5% und somit deutlich höher als seine europäischen Nachbarn gehalten (vgl. Abb. 1). Seit der Annexion der Krim sind Russlands Ausgaben jedoch auf über 4% seines BIP gestiegen und übertreffen seitdem die

³ Darüber hinaus werden zur Erreichung des NATO-Ziels von vielen europäischen Regierungen auch militärische Hilfen für die Ukraine und damit zusammenhängende nationale Ausgaben anderer Ressorts in Betracht gezogen. Es ist fraglich, ob diese Maßnahmen die eigene militärische Bereitschaft Europas erhöhen und die NATO-Ziele noch ausreichen, um Abschreckung und Sicherheit nach außen zu gewährleisten.

⁴ Am Ende des Kalten Kriegs beliefen sich die Verteidigungsausgaben der NATO sogar auf über 4% des BIP (NATO 2023a).

Abb. 1
Verteidigungsausgaben 1960–2023



Quelle: SIPRI (2024); Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

der USA relativ zur eigenen Wirtschaftskraft. Nach der russischen Invasion in die Ukraine hat Russland sogar begonnen, große Teile seiner Wirtschaft auf eine Kriegswirtschaft umzustellen, und die Militärausgaben in den Jahren 2023 und 2024 weiter auf rund 6% erhöht. Wenn Russland diese militärischen Anstrengungen fortsetzt, könnten seine Streitkräfte innerhalb weniger Jahre in der Lage sein, das europäische Bündnis und Art. 5 des NATO-Vertrags auf die Probe zu stellen (Mölling und Schütz 2023; Bronk 2023). Wenn die europäischen Regierungen auf ein solches Alptraszenario vorbereitet sein oder eine hinreichende Abschreckung gewährleisten wollen, müssen sie zügiger handeln und ihre Budgets und Anstrengungen für die Sicherheit entsprechend höher priorisieren.

(2) Europa muss große Defizite bei Ausrüstungsinvestitionen ausgleichen

Nach dem Fall der Berliner Mauer endete die Kriegsfahrt an der Ostgrenze Europas und die Verteidigungsausgaben gingen in allen Ländern deutlich zurück (vgl. Abb. 1). Viele europäische NATO-Mitglieder reduzierten ihre Streitkräfte und Verteidigungsinvestitionen und damit auch die Zahl der Soldaten, die Munitionsbestände, die schwere Ausrüstung oder Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) (Dorn et al. 2022a). Einige Länder – zum Beispiel Frankreich, das Vereinigte Königreich und Polen – gaben weiterhin rund 2% ihres BIP für Verteidigungsaktivitäten aus. Andere europäische Länder haben ihre jährlichen Ausgaben hingegen über Jahre auf ein sehr niedriges Niveau von 1,1-1,5% des BIP gesenkt – u. a. Deutschland, Italien, Spanien, Belgien und die Niederlande. Infolgedessen erzielten die nationalen Regierungen eine sogenannte jährliche »Friedensdividende« für andere Ausgabenkategorien, in erster Linie für Konsumausgaben zur Finanzierung und Ausweitung ihrer Wohlfahrtsstaaten (Dorn et al. 2024). Abbildung 2 zeigt die durchschnittliche jährliche Friedensdividende seit 1990 in heutigen Preisen, wobei für die Berechnung 2% des BIP als Richtwert für ausreichende Verteidigungsausgaben zur Aufrechterhaltung der militärischen Fähigkeiten in Friedenszeiten angenommen und verwendet wird. In Deutschland verfügte die Regierung zwischen 1990 und 2023 über ein um mehr als 20 Mrd. Euro höheres jährliches Budget für andere Ausgaben dank der Friedensdividende. In Italien und Spanien betrug die Friedensdividende über 8 bzw. 10 Mrd. Euro pro Jahr.

Man kann argumentieren, dass geringere Verteidigungsausgaben in Friedenszeiten und bei fehlender äußerer Bedrohungslage gerechtfertigt sind, da die Regierungen keine großen Verbände an Streitkräften und keinen großen Waffenbestand vorhalten müssen. Insbesondere das Vorhalten einer Armee mit vielen Soldaten verursacht hohe Personalkosten. Hier scheint weniger der Engpass zu bestehen, denn die gesamte Personalstärke der europäischen NATO-Länder (ohne Türkei) wäre mit knapp 1,5 Mio. aktiven

Soldaten weiterhin ähnlich groß wie die aktiven Soldaten eines möglichen Aggressors Russlands (vor ihrer Invasion in die Ukraine). Der Mangel an Investitionen in die Verteidigungskapazitäten wirkt sich allerdings auf die Verfügbarkeit und Modernisierung von einsatzfähigen Waffen, Munition und schwerer militärischer Ausrüstung wie Kampfflugzeugen, Panzern und Artillerie sowie insbesondere der Entwicklung neuer technologieführender Waffensysteme aus. Ändert sich die äußere Sicherheitslage, ist ein Mangel an einsatzfähigem (überlegenem) Gerät problematisch, da diese Ausfälle kurzfristig kaum ausgeglichen werden können.

Im Jahr 2014 einigten sich die NATO-Mitglieder auf eine 20%-Regel, die besagt, dass mindestens ein Fünftel der angestrebten 2% des BIP für Ausrüstungsinvestitionen aufgewendet werden sollte, um sicherzustellen, dass die Streitkräfte mit ausreichend Munition und modernem, schwerem Kriegsgerät ausgestattet sind.⁵ Wäre diese Ausgabenregel bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten seit Ende des Kalten Kriegs befolgt worden, hätte Spanien in heutigen Preisen mehr als 80 Mrd. Euro zusätzlich in seine militärische Ausrüstung investiert, Italien fast 120 Mrd. Euro und Deutschland fast 230 Mrd. Euro (vgl. Abb. 2). Wenn die europäischen NATO-Staaten bereit sind, ihre Verteidigungskapazitäten rasch zu erhöhen, müssten viele von ihnen erheblich mehr als 2% des BIP investieren, um die großen Investitionsdefizite der vergangenen Jahrzehnte auszugleichen.

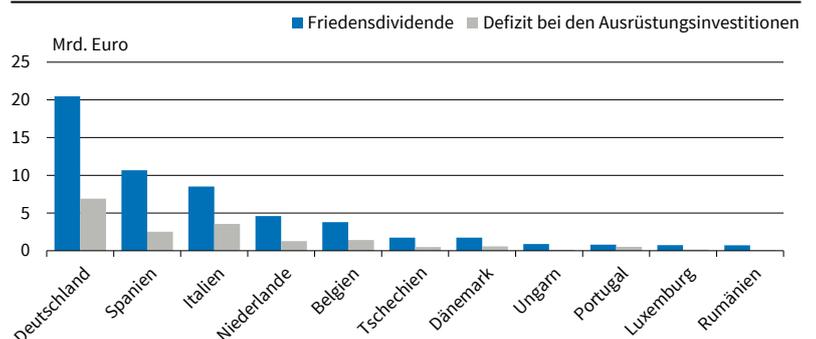
(3) Europa muss höhere reale Militärkosten kompensieren

Internationale Vergleiche der Verteidigungsausgaben sind hilfreich, um Sicherheitsrisiken von außen zu überwachen, die eigenen Verteidigungsfähigkeiten zu bewerten und den Verteidigungsetat im Staatshaushalt zu planen. Obwohl die Verteidigungsausgaben als Anteil des BIP ein guter Indikator für den Vergleich der Anstrengungen und Prioritäten der Länder für die

⁵ Dazu gehört auch die damit verbundene Forschung und Entwicklung, die als entscheidender Indikator für Umfang und Tempo der Modernisierung gilt.

Abb. 2

Durchschnittliche jährliche Friedensdividende und Investitionsdefizite 1990–2023^a



^a Berechnet als Abstand zu den NATO-Zielen: 2% des BIP für Verteidigungsausgaben und 20% für Ausrüstungsinvestitionen als Anteil an den Verteidigungsausgaben. Preisbereinigt in Preisen von 2023. Quelle: Dorn et al. (2024).

Ausstattung ihrer Streitkräfte sind, hängen die absoluten Zahlen von der Größe der Volkswirtschaften ab. Die USA sind bei weitem das Land mit den höchsten absoluten Militärausgaben der Welt (vgl. Abb. 3). Die europäischen NATO-Länder⁶ liegen an zweiter Stelle, noch vor China und Russland. Europa gibt sogar mehr als das Doppelte für die Verteidigung aus wie Russland, obwohl Russland in den vergangenen Jahren die Ausgaben deutlich gesteigert hat. Solche Vergleiche sind jedoch irreführend, da sie die unterschiedlichen Inputpreise für militärisches Personal und Ausrüstung nicht berücksichtigen. Die Löhne für Soldaten und die Instandhaltungskosten für militärische Ausrüstung sind beispielsweise in Russland oder China deutlich niedriger als in westeuropäischen Ländern oder den USA (Robertson 2021). Russland kann sich folglich mit dem gleichen Geldbetrag mehr Soldaten, militärische Ausrüstung und »Feuerkraft« leisten als westliche Staaten mit höherem Lohn- und Preisniveau. Betrachtet man die militärischen Kaufkraftparitäten (KKP) der Länder in den Zahlen, so ist der Abstand zwischen den europäischen NATO-Ländern und Russland oder China fast nicht mehr vorhanden (vgl. Abb. 3). Einzelne europäische Länder fallen bei den kaufkraftbereinigten Militärkosten weit hinter Russland zurück. Russland hat fast das 5- bis 6-Fache der militärischen Kaufkraft der französischen, deutschen oder britischen Verteidigungsausgaben. Nicht berücksichtigt werden dabei die Koordinierungskosten, die die europäischen Staaten zweifelsohne haben, um den Einsatz der Streitkräfte verschiedener Staaten abzustimmen und effektiv einzusetzen. Zwar spiegeln die Verteidigungsausgaben nur den Aufwand für die Verteidigung wider, aber auch diese Zahlen verdeutlichen, wie sehr die Europäer weiterhin von den Sicherheitsgarantien

⁶ Einschließlich der neuen Mitglieder Finnland und Schweden, ohne USA, Kanada und Türkei.

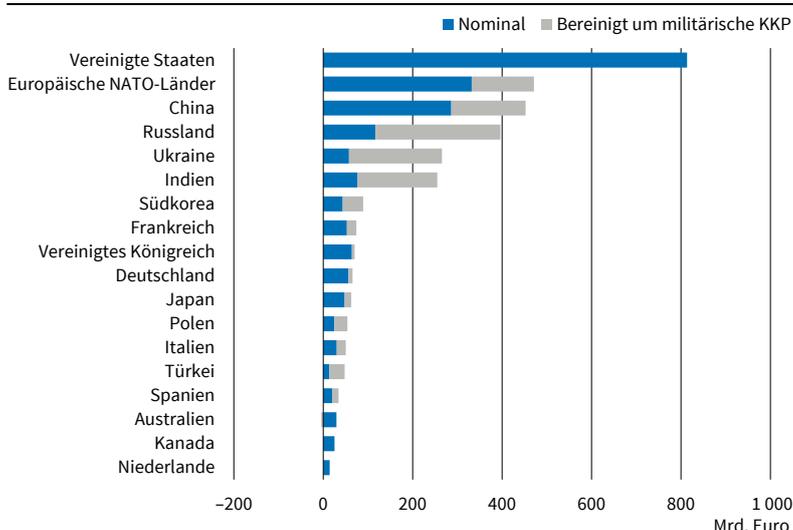
ihres US-Verbündeten abhängig sind, um eine ausreichende Abschreckung gegen einen potenziellen Aggressor zu gewährleisten.

SICHERHEIT ALS FRAGE DER HAUSHALTPRIORITÄTEN

Die geografische Nähe und die Bilder in der Ukraine haben die westlichen Gesellschaften an die Schrecken des Kriegs erinnert und bei der Mehrheit ein Umdenken bewirkt, dass Europa mehr für die Verteidigungsfähigkeit ausgeben muss, um seine eigene Sicherheit und Abschreckung zu gewährleisten (Dorn et al. 2024; Schlepper 2024). Dies würde aber auch ein Umdenken in der Haushaltspolitik erfordern. Abbildung 4 zeigt die unterschiedliche Priorisierung des Verteidigungsetats in den Staatshaushalten ausgewählter Länder zwischen 2003 und 2023.⁷ Südkorea oder die USA, die sich beide auf eine ständige Bedrohungslage vorbereiten und große Verteidigungsstrukturen vorhalten, geben in der Regel mehr als 10% ihres gesamten Staatshaushalts für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Verteidigungsfähigkeiten aus. Auch Russland hat in den vergangenen 20 Jahren mehr als 10% des Staatshaushalts für das Militär vorgesehen und diesen Anteil bis 2023 auf fast 16% erhöht, um den Krieg in der Ukraine zu finanzieren. In Europa zeigen die Staaten jedoch eine unterschiedliche Bereitschaft, ihre Haushalte als Reaktion auf die neue geopolitische Situation und Bedrohung an der Ostflanke spürbar und schnell anzupassen. Insbesondere Länder mit geografischer Nähe zu Russland haben der Verteidigung eine viel höhere Priorität in ihren Haushalten eingeräumt (Dorn et al. 2023). So hat Polen seine Haushaltsprioritäten rasch gesteigert, um die Verteidigungskapazitäten des Landes zu erhöhen – von 4% in den Jahren 2013 und 2003 auf 8% der Staatsausgaben im Jahr 2023. Andere, insbesondere westeuropäische Regierungen, haben ihren Gesamthaushalt kaum verändert und andere Staatsausgaben oder Wahlversprechen nicht umfangreich zugunsten einer stärkeren Priorisierung der Sicherheit gekürzt.

Eine der grundlegenden Aufgaben eines Staates ist die Sicherheit seiner Bevölkerung – nur gibt es dieses öffentliche Gut leider nicht umsonst. Wenn die Europäer um ihre eigene Sicherheit und fehlende Verteidigungskapazitäten besorgt sind, wird sich die öffentliche Debatte noch mehr mit den Kosten dauerhaft höherer Verteidigungsausgaben und den Haushaltskompromissen befassen müssen, die sich aus der Beendigung der Haushaltsspielräume aus der Friedensdividende ergeben. Da der fiskalische Spielraum mehrerer europäischer Regierungen aufgrund der hohen Verschuldung, der hohen (und demografiebedingt steigenden) Sozial- und Gesundheitsausgaben sowie des geringen Wirtschaftswachstums begrenzt

Abb. 3
Kaufkraftbereinigte Verteidigungsausgaben 2023^a



^a Verteidigungsausgaben ausgewählter Länder in festen Preisen (in Euro, 2022), angepasst um militärische Kaufkraftparitäten (KKP), um Lohn- und Kostenunterschiede zwischen Ländern im Jahr 2021 zu berücksichtigen. Europäische NATO ohne Türkei, inklusive Schweden und Finnland. Quelle: SIPRI (2024); Robertson (2021); EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

⁷ Hierbei handelt es sich um die gesamten Staatsausgaben, d. h. die zentralen Staatsausgaben zzgl. der Ausgaben nachgelagerter föderaler Ebenen.

ist, wird die Kompromissfindung und Finanzierung ohne Einschränkung anderer Ausgaben schwierig. Einige Politiker fordern höhere Steuern oder die Senkung oder Abschaffung von Schuldenregeln, um unangenehme politische Entscheidungen zu vermeiden, die mit der Einschränkung anderer Ausgabenprogramme verbunden sind. Allerdings dürften auch Steuererhöhungen schwierig sein. Die Steuerlast ist in den meisten EU-Ländern bereits deutlich höher als in anderen OECD-Ländern. Zusätzliche Belastungen der Arbeitseinkommen oder Unternehmensgewinne würden die Wettbewerbsfähigkeit einiger europäischer Volkswirtschaften weiter beeinträchtigen. Eine dauerhafte Finanzierung höherer Verteidigungsausgaben durch Schulden ist wiederum fiskalisch nicht nachhaltig und würde die Ausgabenlast zur Gewährung der heutigen Sicherheit auf zukünftige Generationen abwälzen.

Die europäischen Regierungen brauchen einen glaubwürdigen Plan, wie sie die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten dauerhaft auf ein höheres Niveau anheben können, ohne die Haushaltsstabilität und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden (Dorn et al. 2024). Der Haushaltsdruck nimmt damit weiter zu, denn die europäischen Länder und ihre Unternehmen müssen investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Dekarbonisierung voranzutreiben. Daher kann in den meisten europäischen Ländern eine nachhaltige Stärkung des Verteidigungsetats nur durch eine glaubwürdige Begrenzung des Wachstums der staatlichen Konsumausgaben erreicht werden.⁸ Die Friedensdividende wurde in den vergangenen 30 Jahren weitgehend zur Erhöhung der Konsumausgaben und Ausbau des Sozialstaats genutzt. Dies rückgängig zu machen, wird auf erheblichen politischen Widerstand stoßen. Es kann notwendig sein, übermäßige kurzfristige Kürzungen der Sozialausgaben zu vermeiden, um den sozialen Frieden zu bewahren und die Zustimmung zu einer langfristig restriktiveren Ausgabenpolitik zu erhalten. Allerdings müsste stattdessen neuer finanzieller Spielraum in den Folgejahren verbindlich zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben genutzt werden.

Einige Länder legen einmalige Schuldenprogramme auf, um die Verteidigungsausgaben sofort zu erhöhen und Investitionsdefizite der Vergangenheit auszugleichen. Das kann Regierungen die Zeit geben, die Verteidigungsausgaben im Staatshaushalt in den nächsten Jahren schrittweise zu erhöhen. Deutschland hat beispielsweise versucht, im Jahr 2022 eine »Zeitenwende« einzuleiten und seine Verteidigungskapazitäten durch ein schuldenfinanziertes Programm in Höhe von zusätzlichen 100 Mrd. EUR (»Sondervermögen Bundeswehr«) zu erhöhen. Theoretisch könnte diese Summe die Defizite bei den Rüstungsinvestitionen des vergangenen Jahrzehnts ausgleichen (Dorn et al. 2022b). Doch fast die Hälfte der 100 Mrd. Euro

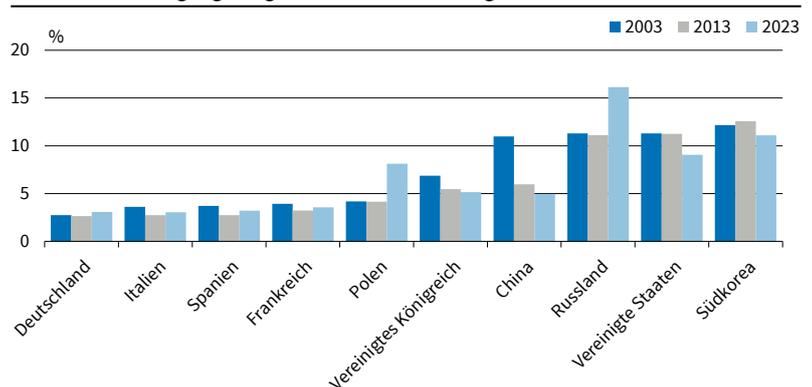
wird nicht in neue Investitionen für militärische Ausrüstung fließen (Dorn und Schlepper 2023). Zudem laufen die Investitionen nur langsam an und werden in den kommenden Jahren ohne nennenswerte Steigerungen der inflationsbereinigten Verteidigungsausgaben im Kernhaushalt des Bundes getätigt. Der Sonderfonds scheint daher zunächst nur dazu zu dienen, die Lücke zum 2%-Ziel der NATO zu schließen, anstatt das Investitionsdefizit der vergangenen Jahrzehnte auszugleichen. Zudem gibt es kaum Anstrengungen der Bundesregierung, das 2%-Ziel dauerhaft im Kernhaushalt ohne Schuldenaufnahme zu erreichen. Wenn das Schuldenprogramm ausläuft, reißt die Ausgabenlücke wieder auf und es wird von einigen Politikern mit Sicherheit die nächste Schuldenaufnahme für die Bundeswehr gefordert. Das Beispiel Deutschland zeigt, dass eine Wende in der Haushaltspolitik in vielen (west-)europäischen Ländern trotz der gestiegenen geopolitischen Risiken kaum angekommen und nachhaltig implementiert ist.

Darüber hinaus haben viele europäische Länder aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit modernster Waffensysteme in Europa neue Waffensysteme außerhalb Europas gekauft (Maulny 2023; Schlepper 2024).⁹ Das schließt an eine *Make it- oder Buy it-*Debatte an. Der Einkauf außerhalb Europas kann kurzfristig sinnvoll sein, um Ressourcen volkswirtschaftlich effizient zu nutzen und in Krisenzeiten schneller über modernste Systeme zu verfügen. Es kann aber die geopolitischen Abhängigkeiten in Sicherheitsfragen und Verteidigungstechnologien weiter dauerhaft erhöhen. Darüber hinaus erschweren derartige Beschaffungsstrategien die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten der europäischen Rüstungsindustrie, da weder in das Humankapital noch die Produktionskapazitäten investiert wird. Für einen *Game Changer* bräuchte die europäische Rüstungsindustrie einen glaubwürdigen Haushaltsplan für dauerhaft höhere Verteidigungsausgaben und entsprechende langfristige Investitionszusagen der europäischen Regierungen an die Industrie. Damit

⁹ Darüber hinaus erschwert der Kauf unterschiedlicher Systeme aus dem Ausland die Kommunikation und Zusammenarbeit der europäischen Armeen.

Abb. 4

Anteil der Verteidigungsausgaben an den Staatsausgaben 2003–2023



Quelle: SIPRI (2024).

© ifo Institut

⁸ Wie in Dorn et al. (2024) ausführlich diskutiert.

hätte die europäische Rüstungsindustrie mehr Planungssicherheit und Anreize für Investitionen in den Ausbau ihrer europäischen Produktionskapazitäten sowie in FuE neuer und moderner Verteidigungssysteme (Fiott 2024; Marsh et al. 2024). Es geht nicht nur darum, Waffensysteme selbst zu produzieren, sondern modernste Systeme zu entwickeln, die auch auf den Weltmärkten gefragt sind. Nur durch weltweit konkurrenzfähige Produkte können die europäischen Rüstungskonzerne auch die Produktionskapazitäten vorhalten, die im Krisenfall gebraucht werden. Außerdem kann durch technologischen Fortschritt der Einsatz von Soldaten weiter eingespart und diese im Einsatz besser geschützt werden. Es geht zudem auch darum, klug zu investieren und Synergien mit der zivilen Nutzung von innovativen Produkten zu fördern, um mit den staatlichen Mehrausgaben auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Studien haben gezeigt, wie Innovationsanstrengungen für militärische Zwecke auch zu positiven Spillovern und einem *Crowding-in* von ziviler Forschung sowie positiven Effekten bei Produktivität und Wirtschaftswachstum führen kann (Gross und Sampat 2023; Pallante et al. 2023; Callado Muñoz et al. 2023; Moretti et al. 2023). In vielen europäischen Staaten muss zudem Bürokratie abgebaut werden, um Beschaffungs- und Genehmigungsprozesse in Zeiten geopolitischer Risiken und Bedrohungen der äußeren Sicherheit zu beschleunigen.

MEHR EFFEKTIVITÄT UND EFFIZIENZ BEIM RESSOURCENEINSATZ

Die Höhe der Verteidigungsausgaben zeigt, ob die Länder bereit sind, ausreichend Ressourcen zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit bereitzustellen. Die Ausgabenzahlen geben jedoch keinen Aufschluss über den Output, also die Effektivität der Ausgaben bzw. Wirksamkeit der Verteidigungsfähigkeiten. Außerdem garantiert eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte nicht, dass die Mittel auf die effizienteste Weise ausgegeben werden. Beispielsweise könnten Mehrausgaben in höhere Personalkosten fließen oder Rüstungsaufträge verschwenderischer vergeben werden, ohne die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit damit signifikant zu erhöhen. Es geht also auch darum, die Ressourcen effektiv zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit auszugeben, wofür es einen strategischen Plan benötigt (Rasmussen 2024; Fiott 2024). Die Verteidigungsfähigkeit kann andererseits auch durch mehr Effizienz gesteigert werden, beispielsweise bei der Beschaffung neuer Ausrüstung. Kirsten (2023) geht davon aus, dass Deutschland sein Verteidigungsbudget um 40 % weniger effizient einsetzt als der Durchschnitt seiner europäischen Partner. Auch wenn die Berechnung der Ineffizienzen auf vielen Annahmen beruht und bewertet werden muss, kann die Effizienz der Beschaffung und der Mittelverwendung in vielen europäischen Ländern eindeutig verbessert werden.

Die Feststellung hoher Ineffizienzen bei der Verwendung von Verteidigungsressourcen spricht jedoch dafür, dass noch mehr Haushaltsmittel zum Erreichen der erforderlichen Verteidigungsfähigkeiten eingesetzt werden müssten, solange diese so verschwenderisch eingesetzt werden, allein um die Ineffizienzen zum Erreichen der Verteidigungsfähigkeit kurzfristig auszugleichen.

Die Effizienz kann insbesondere durch eine bessere Koordinierung und Integration zwischen den europäischen Partnern gesteigert werden. Auch wenn es einige Zeit dauert, bis dies Früchte trägt, scheint dies ein wichtiger Schritt nach vorn zu sein. Es ist zwar aus politischen Gründen nicht realistisch, die nationalen Streitkräfte bald abzuschaffen und gänzlich auf die europäische Ebene zu übertragen. Aber eine stärkere Zusammenarbeit bei einer zentralen Beschaffung und Entwicklung von Waffensystemen sowie bessere Koordinierung der Spezialisierungen zwischen den nationalen Strukturen könnte die komparativen Vorteile der verschiedenen Einheiten und den effizienten Einsatz der Ressourcen zur stärkeren gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit mit vorhandenen Mitteln stärken.

Die europäischen Partner verfügen über ein großes Potenzial zur Steigerung der Effizienz durch gemeinsame europäische Beschaffungs- und FuE-Programme, bei denen nationale politische Interessen nachrangig sein sollten. Die europäische Rüstungsindustrie ist entlang der nationalen Grenzen weiter zu stark fragmentiert und verwendet eine Vielzahl von Waffensystemen, die selten miteinander kompatibel sind oder in integrierten Systemen arbeiten (Schlepper 2024; Chinn et al. 2024). Im Vergleich zu den USA geben die europäischen Länder weniger für die Verteidigung aus, haben aber fünfmal so viele Waffensysteme wie die USA und deutlich mehr Unternehmen in der Rüstungsindustrie (Chinn et al. 2024).¹⁰ Infolgedessen erwirtschaften die führenden europäischen Rüstungsunternehmen im Durchschnitt nur 30 % des Umsatzes ihrer amerikanischen Konkurrenten. Während der US-amerikanische Markt deutlich größer ist, bedeutet der fragmentierte europäische Markt, dass Größenvorteile nicht genutzt werden und Verteidigungssysteme nur in kleineren Mengen zu hohen Stückpreisen produziert werden können. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern bei der Entwicklung und Beschaffung der nächsten Generation von Rüstungsgütern und von modernen und integrierten Verteidigungssystemen, wie z. B. einem europäischen Luftverteidigungsschirm, erhöht die Effizienz, aber auch die gemeinsamen Verteidigungsfähigkeiten als europäisches öffentliches Gut (Fuest und Pisani-Ferry 2019; Steinbach und Wolff 2024). Darüber hinaus bedeuten die geringeren Umsätze in Europa auch, dass die europäischen Rüstungsbauer weniger Spielräume für Investitionen in neue Innovationen haben, so dass die Europäer Schwierigkeiten haben

¹⁰ In Europa sind beispielsweise 19 verschiedene Kampfpanzertypen im Einsatz, in den USA dagegen nur einer.

werden, globaler Technologieführer bei neuen Waffensystemen zu werden. Auch bei den öffentlichen Investitionen sollte Europa seine Innovationspolitik in Richtung einer europäischen DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) umgestalten, um bahnbrechende Innovationen zu stärken, die sie auch für die militärische Forschung öffnen (Dietrich et al. 2024). Auf diese Weise sollten FuE im Bereich Verteidigung und Dual-Use-Innovationen leichter Zugang zu Forschungsgeldern erhalten, um mehr technologische Autonomie im Bereich Sicherheit und Verteidigung in Europa zu erlangen.

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNG

Die EU-Länder müssen ihre Verteidigungskapazitäten verbessern. Der Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO war ein wichtiger Schritt, aber Europa steht ohne den Schutz durch die Vereinigten Staaten weitgehend blank da. Mehrere europäische NATO-Mitglieder haben sich zwar in jüngster Zeit auf das NATO-Ziel von 2% zubewegt, aber es gibt mehrere Gründe, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob diese Höhe an Verteidigungsausgaben für die Abschreckung überhaupt ausreichend ist und die Verteidigungsfähigkeiten schnell erhöht:

- Erstens gaben die Europäer selbst in der Zeit des Kalten Kriegs jedes Jahr weit über 2% des BIP für die Verteidigung aus.¹¹ Viele europäische Regierungen räumten damals der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Verteidigungskapazitäten in ihrem Staatshaushalt Vorrang ein, obwohl die USA während des Kalten Kriegs ein stärkeres Engagement für die Verteidigung ihrer Verbündeten im demokratischen Europa zeigten. Heute jedoch wollen führende US-Politiker parteiübergreifend, dass Europa mehr für seine eigene Sicherheit tut. Europa kann und sollte sich nicht mehr auf seinen Verbündeten USA ausruhen.
- Zweitens wird es nicht ausreichen, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, um eine bessere militärische Einsatzbereitschaft zu erreichen, wie es das 2%-Ziel der NATO vorsieht. Viele europäische Staaten haben ihre Verteidigungsbudgets über viele Jahre hinweg gekürzt und kaum in ausreichender Stückzahl in Munitionsdepots und moderne militärische Ausrüstung oder Innovationen investiert. Um diese Investitionsdefizite auszugleichen, müsste sogar deutlich mehr als 2% ausgegeben werden, wenn Europa seine eigenen Ver-

teidigungs- und Abschreckungskapazitäten rasch verbessern will.

- Drittens sind die Militärkosten für die Europäer viel höher als für mögliche Aggressoren wie Russland, die die Sicherheit Europas bedrohen können, wenn die Kaufkraft berücksichtigt wird. Deshalb hat Russland (ohne seine Verbündeten) geringere Kosten, um sich eine große Armee in der Größe der europäischen NATO-Länder leisten zu können.
- Viertens: Die NATO (2023b) selbst verkündete, dass in vielen Fällen Ausgaben jenseits von 2% des BIP erforderlich sein werden, um bestehende Defizite zu beheben und die Anforderungen einer stärker umkämpften Sicherheitsordnung zu erfüllen.

Diese Argumente sprechen dafür, dass die Verteidigungsausgaben derzeit nicht ausreichen, um die erforderliche europäische Verteidigungsfähigkeit zu erreichen, aber dies hat sich noch nicht in den Haushaltsprioritäten vieler (west-)europäischer Regierungen niedergeschlagen. Nach dem Ende der Ära des Kalten Kriegs haben viele europäische Länder ihre Verteidigungsausgaben gesenkt und die Spielräume der Friedensdividende genutzt, um Sozial- und Gesundheitsausgaben zu erhöhen. Die Umkehrung der Friedensdividende stößt auf beträchtlichen politischen Widerstand, aber der fiskalische Spielraum mehrerer europäischer Regierungen ist aufgrund der hohen Verschuldung und der hohen Sozialleistungsversprechen sowie des geringen Wirtschaftswachstums begrenzt. Die europäischen Regierungen brauchen einen glaubwürdigen Plan, wie sie die Verteidigungsausgaben dauerhaft auf ein höheres Niveau anheben können, ohne die Haushaltsstabilität und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden (Dorn et al. 2024). Ob Europa in Fragen der Sicherheit autarker und weniger abhängig von den USA wird, hängt letztlich davon ab, ob es ausreichende Mittel für die Verteidigung bereitstellt und diese Ressourcen mit Plan effektiv einsetzt. Die Verteidigungskapazitäten müssen auch durch mehr Effizienz gesteigert werden. Die Defizite in der Verteidigungskapazität der EU-Länder sind nur zum Teil auf fehlende Verteidigungsausgaben zurückzuführen, sondern auch eine Folge der Fragmentierung der europäischen Streitkräfte und der Verteidigungsindustrie in Europa. Europas Sicherheit kann und muss auch durch eine bessere und effizientere Integration zwischen den europäischen Partnern und eine bessere und engere Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung sowie bei der Beschaffung integrierter europäischer Waffensysteme gestärkt werden.

REFERENZEN

Bronk, J. (2023), »Europe Must Urgently Prepare to Deter Russia Without Large-Scale US Support«, Commentary, RUSI, 7. Dezember, verfügbar unter: www.rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/europe-must-urgently-prepare-deter-russia-without-large-scale-us-support.

¹¹ Heute haben die NATO-Staaten an der Ostgrenze, die am meisten Gefahr laufen, von Russland angegriffen zu werden, höhere Verteidigungsausgaben als 2% des BIP (SIPRI 2024): Die drei baltischen Staaten streben 3% des BIP an und Polen erreichte im Jahr 2023 3,8% des BIP. Auch andere westliche Länder, die mit ständigen Sicherheitsbedrohungen konfrontiert sind, haben in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt mehr als 2% des BIP für die Verteidigung ausgegeben: Südkorea (2,6%), die Vereinigten Staaten (3,4%) und Israel (5,2%).

- Callado Muñoz, F. J., J. Hromcová, R. Laborda Herrero und N. Utrero González (2023), »An Empirical Analysis of Arms Exports and Economic Growth Spillovers: The Case of the United States«, *Defence and Peace Economics* 34(7), 893–913.
- Chinn, D., N. Griebmann, H. Lavandier, R. Ocejo, T. Otto und K. Wagner (2024), »Innovation and Efficiency: Increasing Europe's Defense Capabilities«, McKinsey, verfügbar unter: <https://www.mckinsey.com/industries/aerospace-and-defense/our-insights/innovation-and-efficiency-increasing-europes-defense-capabilities>.
- Dietrich, S., F. Dorn, C. Fuest, D. Gros, G. Presidente und P.-L. Mengel (2024), »EU-Innovationspolitik: Wie entkommt Europa der ›Midtech-Falle‹?«, *ifo Schnelldienst* 77(4), 3–11.
- Dorn, F. (2024), »Defence Spending for Europe's Security – How Much Is Enough?«, *Intereconomics – Review of European Economic Policy* 59(4), 204–209.
- Dorn, F., C. Fuest, N. Potrafke und M. Schlepper (2022a), »Sind wir noch bedingt abwehrbereit? Die Entwicklung der deutschen Verteidigungsfähigkeit seit dem Ende des Kalten Krieges«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderheft, 46–52.
- Dorn, F., N. Potrafke und M. Schlepper (2022b), »Zeitenwende in der Verteidigungspolitik? 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr – (k)ein großer Wurf«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderheft, 37–45.
- Dorn, F., N. Potrafke und M. Schlepper (2023), »NATO Defense Spending in 2023: Implications One Year After Russia's Invasion of Ukraine«, *EconPol Policy Brief* 50.
- Dorn, F., N. Potrafke und M. Schlepper (2024), *European Defence Spending in 2024 and Beyond: How to Provide Security in an Economically Challenging Environment*, *EconPol Policy Report* 45.
- Dorn, F. und M. Schlepper (2023), »Fiskalische Zeitenwende in Deutschland – Implikationen des Sondervermögens Bundeswehr auf die Haushaltspolitik«, *ifo Schnelldienst* 76(7), 23–31.
- Fiott, D. (2024), »The Challenges of Defence Spending in Europe«, *Intereconomics – Review of European Economic Policy* 59(4), 189–192.
- Fuest, C. (2024), »A New Trump Era and its Consequences«, *EconPol Expert Opinion* 21, März, verfügbar unter: <https://www.econpol.eu/expert-opinion/a-new-trump-era-and-its-consequences>.
- Fuest, C. und J. Pisani-Ferry (2019), *A Primer on Developing European Public Goods*, Bericht verfasst auf Anfrage der Minister Bruno Le Maire und Olaf Scholz, *EconPol Policy Report* 16.
- Gross, D. P. und B. N. Sampat (2023), »America, Jump-Started: World War II R&D and the Takeoff of the US Innovation System«, *American Economic Review* 113(2), 3323–3356.
- Kirsten, B. (2023), »Es geht nicht nur um Input und Geschwindigkeit. Ansätze zur Bestimmung der Effizienz von Verteidigungsausgaben im internationalen Vergleich«, #GIDSstatement 12, German Institute for Defence and Strategic Studies, verfügbar unter: <https://gids-hamburg.de/es-geht-nicht-nur-um-input-und-geschwindigkeit/>.
- Marsh, N., B. O. Martins und J. Mawdsley (2024), »European Defense Spending: Trade-Offs and Consequences of Non-Alignment«, *EconPol Forum* 25(4), 20–23.
- Maulny, J.-P. (2023), »The Impact of the War in Ukraine on the European Defence Market«, IRIS Policy Paper, Institut De Relations Internationales Et Stratégiques, verfügbar unter: https://www.iris-france.org/wp-content/uploads/2023/09/19_ProgEuropeIndusDef_JPMaulny.pdf.
- Mölling, C. und T. Schütz (2023), »Den nächsten Krieg verhindern – Deutschland und die NATO im Wettlauf mit der Zeit«, *DGAP Policy Brief* 34.
- Moretti, E., C. Steinwender und J. Van Reenen (2023), »The Intellectual Spoils of War? Defense R&D, Productivity, and International Spillovers«, *Review of Economics and Statistics*, 1–46, verfügbar unter: https://doi.org/10.1162/rest_a_01293.
- NATO (2023a), »Defence Expenditures and Nato's 2% Guideline«, 27. September, verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49198.htm.
- NATO (2023b), »Vilnius Summit Communiqué«, 11. Juli 2023, verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_217320.htm.
- NATO (2024), »Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2024)«, 17. Juni 2024, verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_226465.htm?selectedLocale=en.
- Pallante, G., E. Russo und A. Roventini (2023), »Does Public R&D Funding Crowd-in Private R&D Investment? Evidence from Military R&D Expenditures for US States«, *Research Policy* 52(8), 104807.
- Rasmussen, M. V. (2024), »Rearmament with a Purpose«, *EconPol Forum* 25(4), 24–27.
- Robertson, P.E. (2022), »The Real Military Balance: International Comparisons of Defense Spending«, *Review of Income and Wealth* 68(3), 797–818.
- Schlepper, M. (2024), »Verteidigungspolitische Herausforderungen für die Europäische Union«, *ifo Schnelldienst* 77(5), 39–43.
- SIPRI (2024), »SIPRI Military Expenditure Database«, 1949–2023, verfügbar unter: <https://www.sipri.org/databases/milex>.
- Steinbach, A. und G. B. Wolff (2024), »Debt Financing European Air Defence«, *Intereconomics – Review of European Economic Policy* 59(4), 193–197.